



# Protokoll

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.280172 / 924/2018/00002

Datum:

Für:

Mitglieder der beratenden Kommission / Cocosol  
sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Auflistung

## Protokoll der 11. Sitzung der beratenden Kommission / Cocosol vom 30. April 2019

<b>Vorsitz:</b>	Luzius Mader	Präsident Ehem. Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM und ehem. Stv. Direktor Bundesamt für Justiz
<b>Mitglieder:</b>	Elsbeth Aeschlimann	Ehem. Vertreterin der kant. Anlaufstellen
	Urs Allemann	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe, Betroffener
	Barbara Studer Immenhauser	Staatsarchivarin des Kantons Bern und Präsidentin der Schweizerischen Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK)
	Lisa Yolanda Hilafu	Ehem. Präsidentin Zwangsadoption-Schweiz, Betroffene
	Maria Luisa Zürcher	Ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Christian Raetz	Leiter des «Bureau cantonal de médiation VD»
Entschuldigt:	Laetitia Bernard	Sozialarbeiterin Anlaufstelle LAVI FR, ehem. Mitglied Ausschuss Soforthilfe
	Guido Fluri	Unternehmer und Urheber der Wiedergutmachungsinitiative, Betroffener
<b>Ex officio:</b>	Iris Widmer	Bundesamt für Justiz / stv. Leiterin Fachbereich FSZM
Entschuldigt:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / Leiter Fachbereich FSZM
<b>Protokoll:</b>	Simone Anrig	Bundesamt für Justiz / Fachbereich FSZM

## 1. Begrüssung und Mitteilungen

Der Präsident eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und begrüsst die Mitglieder der beratenden Kommission zur heutigen Sitzung. Entschuldigt haben sich Laetitia Bernard und Guido Fluri. Reto Brand wird heute von seiner Stellvertreterin, Iris Widmer, vertreten.

Das Protokoll der letzten Sitzung der beratenden Kommission vom 26. Februar 2019 wurde bereits auf dem Zirkularweg genehmigt.

Die Unterlagen für die heutige Sitzung wurden vor ca. 14 Tagen an die Mitglieder versandt. (Schreiben vom 10. April 2019 sowie Nachtrag vom 11. April 2019). Offenbar haben sie alle rechtzeitig erhalten. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder wünscht, dass der Versand dieser Unterlagen auch weiterhin in Papierform erfolgt und nicht auf elektronischem Weg.

Auf eine entsprechende Anfrage hin wird das Bundesamt für Justiz (BJ) abklären, ob den Mitgliedern der beratenden Kommission aufgrund des grossen Aufwandes für die Sitzungsvorbereitung jeweils ein zusätzliches Taggeld zu entrichten sei.

Der Präsident informiert, dass im Rahmen der zusätzlichen Ausschreibung im NFP 76 nun noch die vier folgenden Themenfelder bearbeitet werden können, um bestehende Forschungslücken zu schliessen: „Wechselwirkungen zwischen nichtstaatlichen Akteuren und Staat“, „Recht, Verfahren, Rechtsmittel“, „ökonomische Verflechtungen“, „Transgenerationale Weitergabe von sozialen, materiellen und psychischen Nachteilen“. <sup>1</sup> Der Start dieser Projekte ist für Herbst 2019 vorgesehen. Ein fünftes Projekt zum Thema „Kindswegnahme und Adoption in Zwangssituationen“ kam leider im Rahmen des NFP 76 nicht zustande, wird aber allenfalls anderweitig weiterverfolgt.

Der Präsident informiert im Weiteren, dass der Nationalfond für Herbst 2019 einen Anlass zusammen mit der Unabhängigen Expertenkommission (UEK) zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der administrativen Versorgungen plant. Im Juni 2020 wird es zudem einen Anlass zum Thema der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Thematik in anderen europäischen Ländern geben.

Bereits anlässlich der letzten Kommissionssitzung wurde darüber informiert, dass Forschende (insbes. des NFP 76) das BJ um Herausgabe der Kontaktadressen von Opfern ersucht hatten. Das BJ hat nun eine erste Liste mit rund 2000 Adressen von Personen geliefert, die bereit sind, im Rahmen von Forschungsprojekten Auskünfte zu geben. Diese Liste wird voraussichtlich im August/September 2019 aktualisiert. Eine dritte Aktualisierung ist per Ende 2019 vorgesehen. Bisher wurden diese Daten für drei Forschungsprojekte zur Verfügung gestellt.

Der Präsident weist im Weiteren darauf hin, dass sich ein Projekt im Rahmen des NFP 76 auch mit den Entscheidungsabläufen bei der politischen Aufarbeitung der Thematik befasst. Es ist möglich, dass die Kommissionsmitglieder dazu kontaktiert werden.

Die Arbeiten der UEK sind in der Schlussphase: die sektoriellen Berichte und der Synthesbericht werden fertiggestellt. Zudem reist von Mitte März bis Anfang Juni 2019 die Wanderausstellung „Ausgegrenzt & weggesperrt“ durch 12 Schweizer Städte, begleitet von Veranstaltungen an verschiedenen Orten. <sup>2</sup>

Der Präsident weist auf die parlamentarischen Vorstösse von Nationalrat Beat Jans hin (Frage an den Bundesrat Nr. 18.5706 vom 3. Dezember 2018 sowie Motion Nr. 18.4295 vom 14. Dezember 2018), mit welchen eine Verlängerung der Frist zur Einreichung von Gesuchen um einen Solidaritätsbeitrag bis zum 31. Dezember 2022 verlangt wird. Der Bundesrat

---

<sup>1</sup> Siehe auch [www.nfp76.ch](http://www.nfp76.ch)

<sup>2</sup> Weitere Informationen verfügbar unter [www.uek-administrative-versorgungen.ch/veranstaltungen](http://www.uek-administrative-versorgungen.ch/veranstaltungen)

hat darauf abschlägig geantwortet<sup>3</sup>, aus Sicht des Kommissionspräsidenten mit guten Gründen. Er weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass das BJ eine Praxis im Umgang mit der Möglichkeit der Fristwiederherstellung entwickelt habe, um denjenigen Fällen angemessen Rechnung zu tragen, bei denen die Betroffenen tatsächlich Hinderungsgründe bestanden, die dazu führten, dass das Gesuch ohne Verschulden nicht rechtzeitig eingereicht werden konnte.

Urs Allemann berichtet, dass bisher fünf Erzählbistros durchgeführt worden seien. Am 30. Juni 2019 finde zudem erneut das Sommerfest in Mümliswil statt. Im Herbst 2019 sind dann ein bis zwei weitere Erzählbistros geplant, eines davon in Fribourg unter der Leitung von Nationalrätin Schneider-Schüttel. Es sei beeindruckend, wie die geschulten und erfahrenen Moderatorinnen es immer wieder schafften, eine ganze Runde von Betroffenen zum Erzählen zu bringen. Zudem entfalte die Teilnahme über die Betroffenen hinaus auch Wirkung auf deren Familien, innerhalb derer über die Erlebnisse teilweise erstmals weitergeredet werden könne. Zudem würden auch neue Angebote entstehen, welche das Modell des Erzählbistros übernehmen.

Urs Allemann weist darauf hin, dass er gerade im Nachgang zu den Erzählbistros leider immer wieder Reaktionen von Betroffenen erhalte, wonach sie von den Anlaufstellen manchmal nicht optimal betreut würden. Elsbeth Aeschlimann regt an, die Anlaufstellen jeweils über die Termine der Erzählbistros vorgängig zu informieren, damit sie nachfolgende Anfragen von Betroffenen auffangen könnten. Der Präsident hält fest, dass die Anlaufstellen ihre wichtige Aufgabe bei der Unterstützung der Betroffenen bei der Einreichung der Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag sehr gut erfüllt hätten. Er weist aber auch darauf hin, dass der Beratungsauftrag der Anlaufstellen in Artikel 14 des Bundesgesetzes über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) geregelt sei und sich dieser zeitlich und sachlich nicht auf die Gesuchseinreichung beschränke. Es sei aber verständlich, wenn bei den Anlaufstellen nach drei Jahren, in denen Fälle nach AFZFG prioritär behandelt worden seien, jetzt wieder Opferhilfefälle im Vordergrund stehen würden. Die zusätzlichen Ressourcen, welche in der akuten Phase für die Beratung nach AFZFG zur Verfügung gestanden seien, seien jetzt leider meist nicht mehr vorhanden. Wenn die Beratung heute nicht mehr immer optimal sei, so fehle es sicher nicht an der Bereitschaft der Anlaufstellen, sondern leider an den Ressourcen. Der Präsident schlägt deshalb vor, dass der nach wie vor bestehende gesetzliche Auftrag nach Artikel 14 AFZFG (Beratung und Unterstützung für Betroffene und deren Angehörige) und die diesbezügliche Ressourcenproblematik allenfalls beim nächsten Jahrestreffen der SODK, durch das BJ eingebracht werden könnte. Das BJ wird dies prüfen.

Barbara Studer informiert, dass die Schweizerische Archivdirektorinnen- und Archivdirektorenkonferenz (ADK) für den 14. November 2019 eine Tagung im Berner Grossratssaal plant. Im Zentrum steht die Thematik der Fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierung aus Sicht der Archive. Eine Publikation ist ebenfalls geplant.

Barbara Studer erwähnt im Weiteren, dass am 4. März 2019 im Grossen Rat des Kantons Bern von Hervé Gullotti und Tanja Bauer eine Motion eingereicht worden sei, mit welcher die Errichtung einer Gedenkstätte für die Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen verlangt wird.<sup>4</sup>

---

<sup>3</sup> Antwort des Bundesrates vom 10. Dezember 2018 auf die Frage von Beat Jans anlässlich der Fragestunde: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20185706>; Stellungnahme des Bundesrates vom 20. Februar 2019 zur Motion von Beat Jans: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20184295>

<sup>4</sup> Weitere Informationen dazu unter [www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaefte.gid-d6702eb19856424280612d7a24cfedfb.html](http://www.gr.be.ch/gr/de/index/geschaefte/geschaefte/suche/geschaefte.gid-d6702eb19856424280612d7a24cfedfb.html)

Lisa Hilafu weist darauf hin, dass betreffend Adoptionsthematik (insbesondere aus der Zeit nach 1976) das BJ verschiedene Akteure zu einer Austauschsitung empfangen habe. Leider seien sich diese Akteure untereinander über das Vorgehen nicht einig. Die Gründung einer Dachorganisation sei deshalb geplant gewesen, diese sei aber bisher immer wieder an der Finanzierung gescheitert. Geplant sei zudem, eine Suchplattform für Betroffene zu errichten. Ein wichtiges Thema seien auch die Auslandadoptionen (insbesondere aus Tibet, Nepal und Sri Lanka, aber nun auch vermehrt aus Afrika und Südamerika). Hier würden in den Papieren häufig die Angaben zu den Eltern nicht stimmen, so dass Familienzusammenführungen nicht möglich seien. Zurzeit ist offen, wie es mit den Bestrebungen in der Adoptionsthematik weitergehe. Abschliessend weist Lisa Hilafu auf das Projekt der ZHAW Soziale „Inlandsadoptionen in der Schweiz“ hin, in welchem die schweizerische Adoptionsgeschichte erforscht wird.<sup>5</sup>

Maria Luisa Zürcher weist darauf hin, dass beim BJ ein Antrag für ein Selbsthilfeprojekt eingereicht worden sei. Es gehe dabei um die Aufarbeitung von transgenerationalen Traumata.

Der Präsident gibt bekannt, dass vom BJ noch nicht viele Verfügungen eröffnet wurden, mit denen das Gesuch um einen Solidaritätsbeitrag abgewiesen worden sei. Bislang sei nur in einem Fall eine Einsprache gegen den Entscheid des BJ erfolgt.

## **2. Diskussion von Einzelfalldossiers, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung oder ein Nichteintreten vorsieht bzw. von Grenzfällen**

Der Präsident hält in Bezug auf die seit der letzten Sitzung versendeten Monatslisten mit vorgesehenen Gutheissungen Folgendes fest: Bezüglich der Februar-Liste 2019 sind keine Einwände seitens der Kommissionsmitglieder eingetroffen. Bezüglich der Monatslisten März 2019 (Gutheissungen und klare Nichteintretensentscheide) habe es eine Rückmeldung von Urs Allemann und Lisa Hilafu gegeben; der entsprechende Fall wird heute der beratenden Kommission zur Diskussion unterbreitet.

Aus früheren Kommissionssitzungen sind fünf Gesuche offen, die noch nicht abschliessend beraten werden konnten. Dies wird anlässlich der heutigen Sitzung nachgeholt. Die Kommission empfiehlt in 4 Fällen eine Abweisung und in einem Fall werden nochmals weitere Abklärungen gewünscht.

Für die heutige Sitzung wurden der beratenden Kommission insgesamt 23 Gesuche zur Stellungnahme unterbreitet, bei denen der Fachbereich FSZM eine Abweisung (16 Fälle) oder ein Nichteintreten (1 Fall) vorsieht bzw. eine Diskussion von Grenzfällen (6 Fälle) vorschlägt. Zudem wird der bereits erwähnte Fall, der auf der Monatsliste März 2019 vom Fachbereich FSZM zur Gutheissung vorgesehen war, beraten. Total handelt es sich somit um 24 Fälle. Nach eingehender Diskussion jedes einzelnen Falles empfiehlt die beratende Kommission:

- auf 1 Gesuch nicht einzutreten, weil weder eine fürsorgliche Zwangsmassnahme noch eine Fremdplatzierung vorliegt;
- 7 Gesuche gutzuheissen;
- 13 Gesuche abzuweisen;
- die Behandlung von 3 Gesuchen zu verschieben, bis weitere Abklärungen erfolgt sind.

---

<sup>5</sup> Weitere Informationen dazu unter [https://www.zhaw.ch/no\\_cache/de/forschung/forschungsdatenbank/projektdetail/projektid/2756/](https://www.zhaw.ch/no_cache/de/forschung/forschungsdatenbank/projektdetail/projektid/2756/)

### **3. Stand der vom Fachbereich FSZM vorgeprüften bzw. von der beratenden Kommission behandelten Gesuche**

Der Präsident orientiert, dass von der beratenden Kommission bis zur letzten Sitzung vom 26. Februar 2019 insgesamt 3'984 Gesuche geprüft worden seien.

Gestützt auf die entsprechenden Monatslisten Februar 2019 und März 2019 seien auf dem Zirkularweg insgesamt 1'089 weitere Gesuche, bei denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung vorsah, behandelt worden.

Hinzu würden 13 Fälle kommen, bei denen auf das Gesuch klarerweise nicht eingetreten werden könne, weil die geltend gemachten Massnahmen erst nach 1981 veranlasst und vollzogen worden seien und somit das Bundesgesetz über die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen vor 1981 (AFZFG) nicht anwendbar sei. Diese Fälle seien von der beratenden Kommission ebenfalls auf dem Zirkularweg geprüft worden.

Für die heutige Sitzung seien 23 Gesuche traktandiert (vgl. Ziff. 2)

Der aktuelle Stand der von der beratenden Kommission behandelten Gesuche betrage nun total 5'109 Gesuche.

Überdies sind bereits rund 500 weitere Gesuche auf der April-Liste, bei denen der Fachbereich FSZM eine Gutheissung vorsehe. Diese Liste wird anfangs Mai 2019 an die Kommissionsmitglieder zur Behandlung auf dem Zirkularweg versandt.

### **6. Selbsthilfe-Projekte**

Seit der letzten Kommissionssitzung gibt es beim Stand der Selbsthilfeprojekte keine grossen Änderungen. Generell kann festgehalten werden, dass die mit den Projekten insgesamt beantragten Beträge die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel übersteigen.

### **7. Verschiedenes**

Die nächste Sitzung der beratenden Kommission findet am Dienstag, 25. Juni 2019, von 10 bis ca. 16.30 Uhr statt.

Der Präsident dankt allen Mitgliedern für die aktive Teilnahme und die konstruktive Zusammenarbeit an der heutigen Sitzung. Er schliesst diese um 16.15 Uhr.